



Neue Wege – ohne Gewalt!

FRAUENBERATUNGSSTELLE

OSNABRÜCK STADT UND LANDKREIS

Frauenpolitische Wahlprüfsteine zur Kommunalwahl in Osnabrück 2021

Beantwortet von „Bündnis 90/Die Grünen“

Die Umsetzung der Istanbul Konvention zum Schutz von Frauen und Mädchen gegen Gewalt wurde am 09.03.2021 einstimmig vom Rat der Stadt Osnabrück beschlossen.

In Bezug auf die **Frauenberatungsstelle Osnabrück** als Unterstützungs- und Beratungseinrichtung für von Gewalt betroffene Frauen haben wir folgende Fragen:

1. Beratung und Hilfe für von Gewalt betroffene Frauen und Mädchen

- *Wie bewertet Ihre Partei die bestehenden Beratungs- und Hilfsangebote für von häuslicher Gewalt betroffenen Mädchen und Frauen in Osnabrück?*

Wir Grüne schätzen die wertvolle Arbeit des Teams der Frauenberatungsstelle, des Frauennotrufs, der Bis-Stelle, des Frauenhauses und des Mädchenzentrums sehr. Frauen, die psychischer, physischer oder sexualisierter Gewalt ausgesetzt sind oder waren, benötigen erfahrene und kompetente Ansprechpartnerinnen. Wir sind sehr dankbar, dass wir in Osnabrück ein so gutes Netzwerk von Beratungs- und Hilfsangeboten haben, die Frauen und Mädchen in Krisensituationen unterstützend und beratend zur Seite stehen. Viele dieser Projekte gibt es seit vielen Jahrzehnten und die Expert*innen haben langjährige Erfahrung und sind juristisch auf dem aktuellen Informationsstand zu den unterschiedlichen Themen, wie z.B. Trennung und Scheidung, Gewaltschutz, Hilfen für geflüchtete Frauen, die von Gewalt betroffen sind.



Neue Wege – ohne Gewalt!

FRAUENBERATUNGSSTELLE

OSNABRÜCK STADT UND LANDKREIS

- *Wie bewertet Ihre Partei die bestehenden Beratungs- und Hilfsangebote für von sexualisierter Gewalt betroffenen Mädchen und Frauen in Osnabrück?*

Zahlreiche Studien belegen, dass in dem Pandemiejahr 2020 die Zahl der von Gewalt betroffenen Frauen und Kindern dramatisch gestiegen ist. Sexualisierte Gewalt gegen Frauen und Mädchen hat ebenfalls zugenommen. In den Medien wird häufig von Belästigungen, Beleidigungen oder ungewolltes Anfassen im öffentlichen Raum berichtet. Wir Grüne sehen die große Herausforderung, vor der die Mitarbeiter*innen des Netzwerks der Beratungsstellen stehen. Immer mehr Frauen und Mädchen benötigen und suchen Beratung und nehmen Hilfsangebote wahr. Die Sicherheit von gewaltbetroffenen Frauen muss auch in Zeiten knapper Kassen gewährleistet sein! Dafür stehen wir Grüne ein!



Neue Wege – ohne Gewalt!

FRAUENBERATUNGSSTELLE

OSNABRÜCK STADT UND LANDKREIS

- *Wie bewertet ihre Partei die Situation der Frauenberatungsstelle Osnabrück?*

Die Zahl gewaltbetroffener Frauen und Mädchen ist in den letzten Jahren stetig gestiegen. Im Pandemiejahr 2020 hatten über 500 Frauen Hilfe gesucht. Sie befanden sich in einer Krise, die durch psychische, physische oder sexualisierter Gewalterfahrung ausgelöst wurde. Die Herausforderungen der Corona-Pandemie ist immens. Die Mitarbeiterinnen stoßen von daher sicher an ihre Belastungsgrenzen und benötigen zusätzliche Ressourcen und Mittel.

Wir können der zunehmenden Gewalt gegen Frauen und Kinder nicht tatenlos zusehen. Es muss mehr zum Schutz der Frauen passieren! Wir Grüne hatten im März im Rat einen Antrag initiiert mit dem Auftrag in Osnabrück die Istanbul-Konvention durch zusätzliche Maßnahmen umzusetzen. Dieser Antrag wurde einstimmig durch den Rat beschlossen.



Neue Wege – ohne Gewalt!

FRAUENBERATUNGSSTELLE

OSNABRÜCK STADT UND LANDKREIS

- *Mit welchen konkreten Maßnahmen planen Sie, die Situation der Frauenberatungsstelle zu verbessern?*

Damit die Istanbul-Konvention in Osnabrück konsequent umgesetzt werden kann, wird die Frauenberatungsstelle mehr finanzielle Ressourcen benötigen, damit zusätzliche Maßnahmen finanziert werden können. So muss es z.B. einen Etat für Dolmetschung geben, um Frauen mit Sprachbarrieren beratend zur Seite stehen zu können.

Wir werden Projekte und Programme unterstützen, die bereits in Kitas und Schulen ansetzen. Dieser Ansatz ist für Kinder und Jugendliche sehr wichtig, denn es ist ein zentraler Baustein in der Gewaltpräventionsarbeit.

Durch gezielte Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen in Unternehmen, der Verwaltung, aber auch in der breiten Öffentlichkeit soll für das Thema Gewalt gegen Frauen sensibilisiert werden.

Der Fokus soll also auf Gewaltschutz, Prävention und Sensibilisierung liegen.

Die Frauenberatungsstelle benötigt auch zukünftig langfristige Verträge, damit sie sicher Planen können. Auch hierfür setzen wir uns ein, denn das ist ein zentraler Punkt für eine gerechte Frauenpolitik und Geschlechtergerechtigkeit!



Neue Wege – ohne Gewalt!

FRAUENBERATUNGSSTELLE

OSNABRÜCK STADT UND LANDKREIS

- *Wie will Ihre Partei die psychosoziale Beratungs- und Unterstützungsarbeit für geflüchtete Frauen, hier besonders das Angebot für von häuslicher und sexualisierter Gewalt betroffene geflüchtete Frauen, verstetigen?*

Der Schutz vor Gewalt gegen Frauen ist unabhängig von Staatsangehörigkeit und Aufenthaltsstatus. Frauen, die Gewalt erleben mussten, sind häufig in unterschiedlichem Ausmaß traumatisiert. Sie benötigen eine besondere traumasensible Beratung, die sie durch Expertinnen erfahren. Geflüchtete Frauen benötigen auch niedrigschwellige Informationen über ihre grundlegenden Rechte wie Gewaltfreiheit und Gleichberechtigung, weitere Hilfsangebote und Notfallnummern. Dieses Angebot sollte in mehreren Sprachen verfügbar sein. Auch aus diesem Grund ist ein Etat für Dolmetschung wichtig.



Neue Wege – ohne Gewalt!

FRAUENBERATUNGSSTELLE

OSNABRÜCK STADT UND LANDKREIS

- *Plant Ihre Partei präventive Maßnahmen zur Bekämpfung sexualisierter und geschlechtsspezifischer Gewalt?*

Wir Grüne sind für präventive Maßnahmen, um Frauen und Mädchen vor Gewalt zu schützen. Dies kann z.B. durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit, Fort- und Weiterbildungen oder Projektwochen in Unternehmen, der Verwaltung und Schulen zum Thema Gewalt umgesetzt werden.

Gewalt gegen Frauen und Mädchen zu verhindern ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und sollte somit im breiten Diskurs angelegt sein, von Schulen bis zu Unternehmen.



Neue Wege – ohne Gewalt!

FRAUENBERATUNGSSTELLE

OSNABRÜCK STADT UND LANDKREIS

2. Wohnen

- *Was plant Ihre Partei, um speziell von Gewalt betroffenen Frauen ein kurzfristiges Wohnangebot zu ermöglichen, wenn sie vor häuslicher Gewalt fliehen müssen?*

Das Osnabrücker Frauenhaus muss regelmäßig Frauen abweisen. Gerade für Frauen mit Kindern sind wohnortnahe Frauenhausplätze wichtig, damit die Kinder weiter in die gewohnte Schule oder Kita gehen können, wenn die Situation dies zulässt. Es ist gut, dass im Landkreis ein neues Frauenhaus entsteht und dass die Kooperation mit dem Landkreis funktioniert. Nichtsdestotrotz setzen wir uns dafür ein, dass auch in der Stadt Osnabrück die Kapazitäten ausgebaut werden. Aufgrund der fehlenden Frauenhausplätze und des Bedarfs niedrigschwelliger Soforthilfe sollte zudem geprüft werden, ob auch in Osnabrück ein 24/7 Frauenhaus gegründet werden kann, in dem bedrohte Frauen und Kinder sofort aufgenommen werden und bis zu vier Tage verweilen können bis ein Frauenhausplatz gefunden wurde.

Für Frauen, die aus dem Frauenhaus ausziehen möchten, besteht die große Hürde, dass sie keine bezahlbare Wohnung finden können. Hier setzen wir große Hoffnung in die Osnabrücker Wohnungsgesellschaft (WiO), die allen Menschen, die auf dem „freien“ Wohnungsmarkt keine Chance haben, ein Zuhause geben will.



Neue Wege – ohne Gewalt!

FRAUENBERATUNGSSTELLE

OSNABRÜCK STADT UND LANDKREIS

3. Öffentlicher Raum und Sicherheit

- *Welche Pläne hat Ihre Partei, um sexualisierte Gewalt im öffentlichen Raum zu verhindern?*

Die objektive und subjektive Sicherheit von Frauen im öffentlichen Raum ist ein zentraler Punkt des politischen Handelns. Durch Informationskampagnen können Frauen informiert werden, wie sie sich wirksam vor Gewalt im öffentlichen Raum wehren können und wie sie das Risiko Opfer von Gewalt zu werden reduzieren können.

Im öffentlichen Raum muss darauf geachtet werden, dass die Sicherheit von Frauen auch durch ausreichend Beleuchtung gewährleistet wird, z.B. in Fußgängerunterführungen.